



BESCHLUSS

In dem Verwaltungsverfahren nach

§ 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 2 und 3 EnWG i.V.m. § 72 EnWG i.V.m. Art. 6 Abs. 11 und Art. 7 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i.V.m. Art. 41 Abs. 6 lit. a der Richtlinie 2009/73/EG i.V.m. Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460

hinsichtlich der Festlegung der Höhe der Multiplikatoren, der Festlegung eines Abschlags an Einspeisepunkten aus LNG-Anlagen sowie an Ein- und Ausspeisepunkten von Infrastrukturen, die zur Beendigung der Isolation von Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Gasfernleitungsnetze errichtet wurden und der Festlegung der Höhe der Abschläge für unterbrechbare Standardkapazitätsprodukte an allen Kopplungspunkten für das Kalenderjahr 2021 („MARGIT 2021“)

Beigeladene:

Gazprom export LLC, Ostrovskogo Sq. 2a letter “A“, Sankt Petersburg 191023, Russland, vertreten durch ihre Generaldirektorin,

Verfahrensbevollmächtigte der Beigeladenen: Gleiss Lutz Hootz Hirsch PartmbB
Rechtsanwälte, Steuerberater (Sitz Stuttgart, AG Stuttgart PR 136)

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch

den Vorsitzenden Dr. Christian Schütte,

die Beisitzerin Dr. Ulrike Schimmel

und den Beisitzer Roland Naas

am 11.09.2020 beschlossen:

1. Die nachfolgenden Festlegungen dieses Beschlusses sind wirksam vom 01.10.2021 bis zum 31.12.2021.
2. Reservepreise für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität an Kopplungspunkten sind zu berechnen, indem die gemäß Art. 14, 15 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 und der Festlegung BK9-19/612 („REGENT 2021“) berechneten Reservepreise für die jeweiligen Standardkapazitätsprodukte für verbindliche Kapazität mit der Differenz zwischen 100 % und der Höhe des an dem jeweiligen Kopplungspunkt für das jeweilige Standardkapazitätsprodukt gemäß Anlage II anzuwendenden Ex-ante-Abschlags multipliziert werden.
3. Die vorläufige Anordnung gemäß Tenorziffer 4 der Festlegung vom 27.05.2020 (BK9-19/612) tritt mit dieser endgültigen Entscheidung außer Kraft.
4. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

- 1 Die Beschlusskammer hat von Amts wegen ein Verfahren zur Festlegung der Höhe der Multiplikatoren, der Höhe eines etwaigen Abschlags an Einspeisepunkten aus LNG-Anlagen sowie an Ein- und Ausspeisepunkten von Infrastrukturen, die zur Beendigung der Isolation von Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Gasfernleitungsnetze errichtet wurden, und der Höhe der Abschläge für unterbrechbare Standardkapazitätsprodukte an allen Kopplungspunkten eingeleitet.
- 2 Die Einleitung des Verfahrens wurde im Amtsblatt 09/2019 vom 15.05.2019 sowie zeitgleich auf der Homepage der Bundesnetzagentur bekannt gemacht.
- 3 Hintergrund des Verfahrens ist der am 06.04.2017 in Kraft getretene Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (Verordnung (EU) Nr. 2017/460), der unmittelbar wirksames europäisches Recht darstellt, jedoch mehrerer Umsetzungsakte durch die nationale Regulierungsbehörde bedarf. Diese sind umfassenden Konsultationen zu unterziehen.
- 4 Der deutsch- sowie der englischsprachige Beschlussentwurf wurden am 18.12.2019 auf der Homepage der Bundesnetzagentur zur Konsultation veröffentlicht. Dies erfolgte mit dem Hinweis, dass die Konsultation gemäß Art. 28 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 zwei Monate läuft. Rechtlich verbindlich ist allein die deutschsprachige Fassung.
- 5 Die nach § 67 Abs. 1 EnWG grundsätzlich erforderliche individuelle Anhörung der einzelnen Adressaten wurde analog § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG und § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG durch diese Veröffentlichung sowie die Konsultation ersetzt.
- 6 Am 20.12.2019 wurden die Konsultationsunterlagen an die Agentur im Sinne des Art. 1 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 713/2009 (hiernach „ACER“) übermittelt. Mit Schreiben vom 20.12.2019 wurden die nationalen Regulierungsbehörden der angrenzenden Mitgliedsstaaten über den bevorstehenden Beginn der Konsultation informiert.
- 7 Die Bundesnetzagentur hat am 11.10.2019 die Landesregulierungsbehörden gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt und gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme zur beabsichtigten Festlegung gegeben. Dem Bundeskartellamt wurde gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu der beabsichtigten Festlegung gegeben.
- 8 Dem Länderausschuss wurde gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG am 13.02.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- 9 Es sind acht Stellungnahmen zum Festlegungsentwurf vom 18.12.2019 eingegangen. Diese wurden in der jeweiligen um etwaige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung

auf der Homepage der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Hinsichtlich des Inhalts der Stellungnahmen wird auf die Zusammenfassung im Beschluss von 27.05.2020 verwiesen.

- 10 Die Beschlusskammer hat am 27.05.2020 eine hinsichtlich der Tenorziffer 4 bezogen auf den Zeitraum 01.10.2021 bis 31.12.2021 vorläufige Regelung erlassen. Hintergrund war die ausnahmsweise erfolgende unterjährige Anpassung der Referenzpreise aufgrund der Zusammenlegung der beiden deutschen Marktgebiete zum 01.10.2021 nach § 21 GasNZV. Mit der nunmehr insgesamt endgültigen Entscheidung wird das Verwaltungsverfahren BK9-19/612 (MARGIT 2021) abgeschlossen.
- 11 Der Beschlussentwurf zur abschließenden Regelung der für den Zeitraum vom 01.10. bis 31.12.2021 als vorläufig erklärten Inhalte der Tenorziffer 4 der Festlegung vom 27.05.2020 wurde am 05.08.2020 auf der Homepage der Bundesnetzagentur zur Konsultation veröffentlicht.
- 12 Die nach § 67 Abs. 1 EnWG grundsätzlich erforderliche individuelle Anhörung der einzelnen Adressaten wurde analog § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG und § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG durch diese Veröffentlichung sowie die Konsultation ersetzt.
- 13 Am 05.08.2020 wurden die Konsultationsunterlagen an ACER übermittelt. Mit Schreiben vom 05.08.2020 wurden die nationalen Regulierungsbehörden der angrenzenden Mitgliedsstaaten über den bevorstehenden Beginn der Konsultation informiert.
- 14 Die Bundesnetzagentur hat am 05.08.2020 gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG den Landesregulierungsbehörden erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zur beabsichtigten Festlegung gegeben. Dem Bundeskartellamt wurde gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG ebenfalls erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu der beabsichtigten Festlegung gegeben. Das Bundeskartellamt hat am 12.08.2020 mitgeteilt, dass es von einer Stellungnahme absieht.
- 15 Dem Länderausschuss wurde gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG am 11.08.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- 16 Im Rahmen der Konsultation haben zwölf Marktteilnehmer zum Entwurf vom 05.08.2020 Stellung genommen. Über etwaige Stellungnahmen in früheren Konsultationen hinausgehend trugen die Marktteilnehmer im Wesentlichen wie folgt vor:
- 17 Die Shell Energy Europe Ltd teile zwar die Bedenken der Beschlusskammer hinsichtlich der wachsenden Unsicherheiten infolge der Marktgebietszusammenlegung, ohne eindeutige Nachweise könne die Erhöhung des Rabatts für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität und die damit verbundene Verteuerung fester Kapazitätsprodukte aber nicht unterstützt werden. Vielmehr solle nach der Marktgebietszusammenlegung der Rabatt für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität an sämtlichen Netzknoten überprüft werden.

- 18 Die bayernets GmbH könne die Begründung zur Erhöhung des Rabattes für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität vor dem Hintergrund der Marktgebietszusammenlegung grundsätzlich nachvollziehen. Da der Rabatt für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität auch gleichzeitig für dynamisch zuordenbare Kapazitätsprodukte und bedingt feste Kapazitätsprodukte greife, wirke sich die Erhöhung in Kombination mit der Einschränkung auf GÜP in großem Maße auf die für den Transit genutzten dynamisch zuordenbare Kapazitätsprodukte aus, mit der Folge, dass sich die Kostenlast für die gefangenen Kunden von festen frei zuordenbaren Kapazitätsprodukten, nämlich VNB und Endkunden, erhöhe. Darüber hinaus entstünden durch die Begünstigung der DZK-Transite eine Ungleichbehandlung zu den an den Anschlusspunkten für Gaskraftwerke eingesetzten DZK-Produkten.
- 19 Der BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. erklärte, dass es aufgrund des knapp bemessenen Konsultationsrahmens nicht möglich gewesen sei, in allen Punkten eine einheitliche verbandliche Position herzustellen; von einer umfassenden Stellungnahme werde deshalb abgesehen. Mitzuteilen sei dennoch, dass breite Einigkeit über alle Wertschöpfungsstufen hinweg bestanden habe, dass bei der Anwendung eines höheren Rabattes für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität aus Gründen der Gleichwertigkeit der Sachverhalte sicherzustellen sei, dass die Erhöhung des Sicherheitszuschlags an Kopplungspunkten auch auf andere Punkte der Fernleitungsnetzbetreiber und der Verteilnetzbetreiber mit Entry/Exit-System gemäß der Festlegung BEATE 2.0, BK9-18/608, ausgeweitet werde.
- 20 Nach Auffassung des „Bundesverband Neue Energiewirtschaft“ (bne) werde die Entgeltstruktur durch die Erhöhung des Sicherheitszuschlags für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität stark verschoben; die Verdopplung des Rabatts werde die Entgelte für andere Kapazitätsprodukte erhöhen und diese Mehrkosten wären von allen anderen Transportkunden zu zahlen. Ein solches Vorgehen sei nur zu rechtfertigen, wenn durch die Zusammenlegung der Marktgebiete tatsächlich eine Erhöhung der Unterbrechungswahrscheinlichkeit an allen buchbaren Punkten zu erwarten wäre; genau dies sei aber nicht der Fall. Der bne lehne die Erhöhung ab, denn sie sei nur mit Nachteilen verbunden und scheine lediglich auf eine fragwürdige Besserstellung einzelner Kapazitätsprodukte (bFZK und DZK) einzelner Fernleitungsnetzbetreiber abzielen.
- 21 EFET Deutschland sehe die beabsichtigte generelle Erhöhung des Sicherheitszuschlags bei den Preisen für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität als nicht zielführend an. Grundsätzlich sei die Vermutung der Beschlusskammer nachvollziehbar, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit der uFZK mit der Marktgebietszusammenlegung tendenziell steigen werde; nicht nachvollziehbar sei jedoch, weshalb die Kapazitätsreduktion durch die Marktgebietszusammenlegung punktscharf ermittelt werden könne, nicht jedoch die

Unterbrechungswahrscheinlichkeit. Für den Markt seien sachgerechte punktscharfe Ermittlungen erforderlich; dies gelte auch bei der Betrachtung auf der Basis historischer Werte. So führe die derzeitige Berechnung auf Jahresbasis dazu, dass z. B. das spezifische Risiko an Speicherpunkten nicht angemessen im Rabatt reflektiert werde; dort spiegelte sich die historische Unterbrechung regelmäßig nur zu 50% im Rabatt wider. Des Weiteren spiegle die Formel nicht angemessenen den sinkenden Wert einer unterbrechbaren Kapazität bei steigendem Unterbrechungsrisiko wider, da dieser Wert überproportional abhängig von den Risikokosten eines Händlers sei. In diesem Zusammenhang sei es auch nicht nachvollziehbar, weshalb es den Fernleitungsnetzbetreibern nicht zuzumuten sei, die unfreiwillige Unterbrechung durch Renominierung zu erfassen. Ebenfalls nicht nachvollziehbar sei, weshalb entgegen der bisherigen Praxis die Berechnung der innerdeutschen Punkte nach BEATE und für Grenzübergangspunkte nach MARGIT nun unterschiedlich erfolgen solle; hierfür liege keine sachliche Begründung vor. EFET Deutschland fordere daher eine Gleichbehandlung und demzufolge eine gleiche Berechnung des Abschlags für uFZK in BEATE und MARGIT. Dabei berge eine solche Angleichung das Risiko, dass die restlichen Entgelte weiter erhöhten; dies führe zu Wettbewerbsnachteilen für den deutschen Gasmarkt.

- 22 Die Equinor Deutschland GmbH teilte unter anderem die auch von EFET vorgetragenen Bedenken. Darüber hinaus erklärte sie, dass von dem verdoppelten Sicherheitsabschlag nicht nur uFZK, sondern auch bFZK und DZK an Grenzübergangspunkten profitierten. Insbesondere bei den DZK-Produkten profitierten ausschließlich grenzüberschreitende Transporte, die über Punkt-zu-Punkt-Verbindungen und nicht über den zentralen Handelspunkt erfolgten; damit komme es zu Fehlanreizen. Der Handelspunkt und seine Liquidität würden geschwächt, da die Gasflüsse an ihm vorbei transportiert würden und sich gleichzeitig die Einspeiseentgelte zum Hub verteuerten. Die vorgeschlagene generelle Verdopplung des Sicherheitszuschlags solle daher einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.
- 23 Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG trug vor, dass die pauschale Erhöhung des Sicherheitszuschlags für den Rabatt bei Standardkapazitätsprodukten für unterbrechbare Kapazität und damit auch der Rabattpielraum von bFZK und DZK nicht nachvollziehbar sei; die dadurch wegfallenden Einnahmen müssten von allen restlichen Transportkunden aufgefangen werden. Dies sei gerechtfertigt, wenn durch die Marktgebietszusammenlegung tatsächlich eine Erhöhung der Unterbrechungswahrscheinlichkeit an allen buchbaren Punkten zu erwarten wäre; genau dies sei aber nicht der Fall. Die Reduktion der Kapazität an den deutschen H-Gas-Einspeisepunkten zeige bereits, dass eben nicht alle Punkte betroffen seien. Nach Ansicht der EnBW sei an L-Gas-Ein-/Ausspeisepunkten, an Ausspeisepunkten in der überspeisten MBI-Zone und an den Einspeisepunkten in der innerdeutschen MBI-Zone nicht mit einer höheren Unterbrechungswahrscheinlichkeit zu rechnen. Des Weiteren sei grundsätzlich die bereits heute sehr pauschale Höhe des Rabatts zu kritisieren, die zu keiner sachgerechten Schwankungsbreite führe und den Wert von unterbrechbaren und bedingten Kapazitäten nicht

angemessen widerspiegele. Vorgeschlagen werde daher eine Prüfung, ob sich nicht direkt aus dem Kapazitätsmodell eine Risikoclusterung für die einzelnen Punkte herleiten ließe; die Veröffentlichung einer solchen Prüfung würde per se schon für mehr Transparenz bei allen Marktteilnehmern sorgen. Bei einer Clusterung könne sich der Rabatt näher am realen Marktwert orientieren. Sofern sich die Beschlusskammer trotzdem für eine pauschale Erhöhung des Sicherheitsrabatts entscheide, solle dieser zumindest diskriminierungsfrei für alle Punkte gelten, was eine Anpassung der Festlegung BEATE bedinge.

- 24 Der FNB Gas e. V. erklärte für sämtliche Fernleitungsnetzbetreiber außer der bayernets GmbH, dass die Erhöhung des Sicherheitszuschlags sachgerecht, angemessen und nachvollziehbar sei. Es entspreche den Erwartungen der Fernleitungsnetzbetreiber, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit mit Vollzug der Marktgebietszusammenlegung ansteigen werde. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass im Rahmen der Marktgebietszusammenlegung in Einspeiserichtung nur noch ca. 22% der bisher in Summe angebotenen FZK ohne den Einsatz von zusätzlichen marktbasierenden Instrumenten (MBI) angeboten werden könnten. 78% der angebotenen FZK in Einspeiserichtung bedürften dieses Absicherungsmechanismus. Gemäß der Festlegung „KAP+“ (BK7-19-037) würden die FNB vorrangig zum Einsatz von MBI alle dem Transportengpass entgegenwirkende netz- und marktbezogenen Maßnahmen gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2 EnWG ausschöpfen, wozu auch die Unterbrechung unterbrechbarer Kapazitäten zähle. Die Fernleitungsnetzbetreiber teilten darüber hinaus die Ausführungen der Beschlusskammer bzgl. der Problematik der Renominierungen wegen angekündigter oder absehbarer Unterbrechungen. Der von der Beschlusskammer gewählte Weg sei daher nicht nur sinnvoll, sondern vielmehr geboten. Den Erwägungen der Beschlusskammer schließe sich der Verband vollumfänglich an. Im Übrigen sei darauf hinzuweisen, dass die analoge Anwendung des erhöhten Sicherheitszuschlags für die in den Regelungsbereich der Festlegung BEATE 2.0 fallenden Punkte dringend geboten sei; die für die Erhöhung angeführte Herleitung und Begründung gelte dort gleichermaßen. Schließlich sei darauf einzugehen, dass die Begründung zur Erhöhung des Sicherheitszuschlags für L-Gas nicht vollständig trage, insoweit eine exakte Abgrenzung nach Nutzergruppen allerdings nicht sachgerecht sei.
- 25 Die Initiative Erdgasspeicher e. V. begrüße, dass die Beschlusskammer die mit der Marktgebietszusammenlegung verbundenen größeren Unsicherheiten mit erhöhten Abschlägen auf Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität auffangen möchte. Eine Erhöhung des pauschalen Sicherheitszuschlags für den Faktor Pro sei ein pragmatischer und gleichsam wirksamer Ansatz. Mit der Anpassung der Festlegung MARGIT werde der pauschale Rabatt jedoch ausschließlich für Kopplungspunkte angewendet. Es seien jedoch sämtliche im Marktgebiet vorhandenen uFZK mit der gleichen gesteigerten Unsicherheit belastet. Eine Diskriminierung der anderen Punktarten gegenüber den Kopplungspunkten sei folglich nicht sachgerecht. INES schlage deshalb vor, dass ein in der Höhe gleicher pauschaler Rabatt für alle uFZK im Marktgebiet festgelegt werde.

- 26 Auch die OMV Gas Marketing & Trading GmbH begrüße die Erhöhung der Abschläge auf Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität, auch wenn derzeit aufgrund fehlender historischer Daten eine genauere Abschätzung der Unterbrechungswahrscheinlichkeiten nicht möglich sei. Die Höhe des Sicherheitszuschlags solle im Sinne einer Tarifsicherheit jedenfalls einer Evaluierung im Jahr 2021 unterzogen werden. Dabei begrüße die OMV Gas eine Vereinheitlichung der Abschläge auf unterbrechbare Kapazitäten für alle Laufzeiten pro Punkt. Zu bedenken sei jedoch, dass eine Erhöhung des FZK Reservepreises im Ausmaß von +3,8% durchaus beträchtlich erscheine.
- 27 Die Uniper Global Commodities SE teile zwar die Einschätzung, dass durch die Marktgebietszusammenlegung das Risiko von Unterbrechungen steigen könnte, sehe aber im Umkehrschluss nicht die Notwendigkeit, die Rabattierung ohne genau Kenntnis der Auswirkungen auf die individuellen Netzkopplungspunkte generell zu erhöhen, insbesondere wenn dies zu einer massiven Kostensteigerung bei den Tarifen führe. Etwaige Abweichungen zwischen der auf historischen Daten beruhenden Berechnung und der gegenwärtigen Situation würden mit dem bestehenden Sicherheitszuschlag von 10% bereits abgefangen. Ebenfalls kritisch sei, dass andere nicht an Marktgebietsgrenzen gelegene unterbrechbare Kapazitäten durch die aktuelle BEATE-Festlegung anders bepreist würden; um etwaigen Diskriminierungen vorzubeugen sei eine Gleichbehandlung zwingend erforderlich.
- 28 Nach Auffassung der vp Energieportfolio UG bestehe für eine Erhöhung des Sicherheitszuschlags keine Veranlassung. Bei der als Begründung für die Erhöhung von der Beschlusskammer erwogenen Unsicherheiten durch die Marktgebietszusammenlegung handele es sich nur um eine spekulative Annahme, nicht jedoch um eine gesicherte Erkenntnis. Jedenfalls scheine der Erhöhung kein analytisches Modell zugrunde zu liegen. Um zumindest eine erste Einschätzung darüber zu erlangen, ob die Unterbrechungswahrscheinlichkeit steige, könne die Beschlusskammer die kumulierten Unterbrechungseignisse an den MÜP zwischen den Marktgebieten als historische Ereignisse an die Grenzen des Marktgebietes THE projizieren; dadurch könne die Annahme der Beschlusskammer möglicherweise abgeschwächt oder gar revidiert werden. Denn mit einer Zusammenführung von Kooperationspflichten stiegen auch die auszuschöpfenden Möglichkeiten der Lastflussoptimierung im Innenverhältnis. Zentral im Ermessen der Beschlusskammer scheine zu sein, den Schutz der Transportkunden zu gewährleisten, die unterbrechbare Kapazität gebucht hätten; gerade diese würde aber auch durch die Zusammenlegung der Marktgebiete in Form einer höheren Liquidität bei der Beschaffung der unterbrochenen Mengen profitieren. Sofern der Beschlusskammer die historischen Unterbrechungen vorlägen, wäre eine Auswertung historischer Unterbrechungen höchst sachgerecht; diese Analyse solle selbstverständlich auch die Unterbrechungseignisse von bFZK und die Zuordnungsereignisse von DZK einbeziehen, denn mittelbar würden durch MARGIT auch die Korridore für diese Produkte festgelegt. Die Festlegung werde deswegen nicht nur die uFZK betreffen, sondern über die Ausweitung des Korridors für bFZK und DZK

auch einen Einfluss auf das Marktgeschehen haben – möglicherweise sogar erhebliche Auswirkungen auf den europäischen Gasmarkt. Die konsultierte Veränderung werde nämlich auch Auswirkungen auf das Entgelt für die Standardkapazität FZK haben; FZK-Transportkunden würden dadurch relativ schlechter gestellt.

- 29 Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

II.

- 30 Mit dieser Festlegung erlässt die Bundesnetzagentur gemäß Art. 41 Abs. 6 a) der Richtlinie 2009/73/EG i.V.m. Art. 28 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 eine begründete Entscheidung zu den in Art. 28 Abs. 1 S. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 genannten Punkten.
- 31 Die vorgenommene Entscheidung fällt gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 2 und 3 EnWG i.V.m. Art. 6 Abs. 11 und Art. 7 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i.V.m. Art. 41 Abs. 6 lit. a der Richtlinie 2009/73/EG i.V.m. Art. 28 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 in die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.
- 32 Die Konsultation und Entscheidung nach Art. 28 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 beziehen sich ausweislich Art. 2 Abs. 1 S. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 auf Kopplungspunkte, also Grenzübergangs- und Marktgebietsübergangspunkte der Fernleitungsnetzbetreiber (Vgl. Art. 3 Nr. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/459). Die Regulierungsbehörde kann gemäß Art. 2 Abs. 1 S. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 entscheiden, dass die Regelungen des Kapitels III auch an Ein- und/oder Ausspeisepunkten von Fernleitungsnetzbetreibern mit Drittländern anzuwenden ist. Mit Festlegung vom 14.08.2015 (BK9-15/001 – „KARLA Gas 1.1“) hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur beschlossen, dass die Regelungen des Netzkodex Kapazitätszuweisung ab dem 01.11.2015 auch für Einspeisepunkte aus Drittländern sowie für Ausspeisepunkte in Drittländer im Sinne von Art. 2 Abs. 1 S. 2 Netzkodex Kapazitätszuweisung gelten. Daher bezieht sich die Konsultation und Entscheidung nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 auch auf diese Punkte.
- 33 Gemäß Art. 28 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 zieht die nationale Regulierungsbehörde bei ihrer Entscheidung die Stellungnahmen der nationalen Regulierungsbehörden der direkt mit dem jeweiligen Mitgliedstaat verbundenen Mitgliedstaaten in Betracht. Sowohl zum Inhalt der Festlegung vom 27.05.2020 als auch zum Inhalt dieser Festlegung sind keine Stellungnahmen anderer nationaler Regulierungsbehörden bei der Bundesnetzagentur eingegangen.

1. Geltungszeitraum und Entfall der vorläufigen Anordnung

- 34 Die Vorgaben sind gemäß der Tenorziffer zu 1. ab dem 01.10.2021 umzusetzen und somit im Rahmen der Veröffentlichung nach Art. 29 der Verordnung (EU) 2017/460 zu berücksichtigen. Nach Art. 38 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 gelten die Kapitel II, III und IV der Verordnung ab dem 31. Mai 2019, wovon auch Art. 13 bis 16 der Verordnung umfasst sind, die zum Kapitel III gehören und Grundlage dieser Entscheidung sind. Dementsprechend hatten die

Fernleitungsnetzbetreiber die begründete Entscheidung nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 erstmals im Hinblick auf das Entgeltjahr 2020 und somit ab dem 01.01.2020 umzusetzen. Gemäß Art. 28 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 werden die Konsultationen ab dem Datum der Entscheidung in jeder Entgeltperiode durchgeführt. Nach jeder Konsultation erlässt und veröffentlicht die nationale Regulierungsbehörde im Einklang mit Art. 32 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 eine begründete Entscheidung zu den in Art. 28 Abs. 1 lit. a, b und c der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 genannten Aspekten. Unter Entgeltperiode ist gemäß Art. 3 S. 2 Nr. 23 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 der Zeitraum zu verstehen, in dem ein Referenzpreis einer bestimmten Höhe anwendbar ist und der mindestens ein Jahr und höchstens eine Regulierungsperiode umfasst; vorliegend handelt es sich jeweils um das Kalenderjahr bzw. bezüglich der nunmehr endgültig festgelegten Inhalte um das letzte Quartal des Kalenderjahres 2021. Somit erlässt und veröffentlicht die Beschlusskammer jährlich eine begründete Entscheidung zu den in Art. 28 Abs. 1 lit. a, b und c genannten Aspekten, die jeweils für ein Kalenderjahr wirksam ist. Aus diesem Grund endet die Wirksamkeit der vorliegenden Entscheidung mit dem Ende des Kalenderjahres 2021.

35 Mit der hiesigen Entscheidung entfällt die vorläufige Anordnung vom 27.05.2020.

2. Allgemeines

36 Bei dieser Entscheidung hat die Beschlusskammer berücksichtigt, dass es sich dabei um einen Verwaltungsakt handelt, der nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 eigenständig neben anderen nach dieser Verordnung in Vollzug stehenden oder noch zu erlassenden Festlegungen zu konsultieren und zu erlassen ist. Die Eigenständigkeit kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass Entscheidungen nach Art. 26 i.V.m. Art. 27 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 spätestens alle fünf Jahre zu treffen sind, während Entscheidungen nach Art. 28 in jeder Entgeltperiode erfolgen müssen.

3. Höhe der Abschläge für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität

37 Die Entscheidung gemäß Ziffer 2 des Tenors zur Höhe der Abschläge für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 2 und 3 EnWG i.V.m. Art. 6 Abs. 11 und Art. 7 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 i.V.m. Art. 28 Abs. 1 i.V.m. Art. 16 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460.

38 Gemäß Art. 12 Abs. 1 S. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 werden sowohl bei Jahres- als auch bei Nicht-Jahres-Standardkapazitätsprodukten für unterbrechbare Kapazität die Reservepreise gemäß Kapitel III der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 berechnet.

39 Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 bestimmt, dass die Reservepreise für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazität berechnet werden, indem die gemäß den Artikeln 14 oder 15 berechneten Reservepreise für die jeweiligen Standardkapazitätsprodukte für verbindliche Kapazität mit der Differenz zwischen 100 % und der Höhe eines Ex-ante-Abschlags multipliziert werden. Alternativ hierzu kann die nationale Regulierungsbehörde gemäß Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 entscheiden, einen Ex-post-Abschlag anzuwenden. Hiervon hat die Beschlusskammer keinen Gebrauch gemacht.

40 Der mit Tenor zu 2. festgelegte Ex-ante-Abschlag ($D_{\text{ex-ante}}$) wurde gemäß Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 für jedes Standardkapazitätsprodukt gesondert anhand folgender Formel zu bestimmt:

$$D_{\text{ex-ante}} = Pro \times A \times 100 \%$$

a. Faktor *Pro*

41 *Pro* ist hierbei der Faktor für die Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung dieser Art von Standardkapazitätsprodukten für unterbrechbare Kapazität, der gemäß Artikel 41 Absatz 6 Buchstabe a der Richtlinie 2009/73/EG und im Einklang mit Artikel 28 festgesetzt oder genehmigt wird.

42 Der Faktor *Pro* wird gemäß Art. 16 Abs. 3 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 für jeden, einige oder alle Kopplungspunkte je Art des angebotenen Standardkapazitätsprodukts für unterbrechbare Kapazität berechnet. Die Beschlusskammer hat sich dazu entschieden, den Faktor *Pro* in einem ersten Schritt für jeden Kopplungspunkt anhand der vorgegebenen Formel separat zu bestimmen. Denn diese Betrachtungsweise sichert im höchstmöglichen Maße, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit, die von Punkt zu Punkt variieren kann, konkret in der Höhe von *Pro* abgebildet wird. In einem zweiten Schritt wird das punktspezifisch ermittelte *Pro* je Standardkapazitätsprodukt an allen Ein – sowie an allen Ausspeisepunkten zum selben Ein- und Ausspeisesystem oder vergleichbaren Systemen je Gasqualität (L- bzw. H-Gas) vereinheitlicht. Hierzu wurde das gewichtete Mittel der für alle Kopplungspunkte in das jeweilige Ein- und Ausspeisesystem pro Standardkapazitätsprodukt ermittelten Faktoren *Pro* ermittelt. Die Vereinheitlichung des Faktors *Pro* je Standardkapazitätsprodukt an allen Ein – sowie an allen Ausspeisepunkten zum selben Ein- und Ausspeisesystem bzw. zu vergleichbaren Systemen ist davon geleitet, dass die betreffenden Ein- und Ausspeisepunkte innerhalb der jeweiligen Gasqualität für den Netzkunden substituierbar sind. Zudem ist eine Vereinheitlichung der dortigen Entgelte in Art. 21 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 angelegt.

- 43 Die Berechnung des Faktors *Pro* für die einzelnen Kopplungspunkte unterteilt nach Standardkapazitätsprodukt erfolgte gemäß Art. 16 Abs. 3 auf der Grundlage der prognostizierten Daten für die einzelnen Bestandteile der folgenden Formel:

$$Pro = \frac{N \times D_{int}}{D} \times \frac{CAP_{av.int}}{CAP}$$

Dabei gilt:

N ist hierbei die erwartete Anzahl der Unterbrechungen während der Zeitdauer *D*.

D_{int} ist die durchschnittliche Dauer der erwarteten Unterbrechungen in Stunden.

D ist die Gesamtlaufzeit der jeweiligen Art des Standardkapazitätsprodukts für unterbrechbare Kapazität in Stunden.

CAP_{av.int} ist die erwartete durchschnittliche Menge der unterbrochenen Kapazität für jede Unterbrechung, soweit die jeweilige Art des Standardkapazitätsprodukts für unterbrechbare Kapazität betroffen ist. Bei der Bestimmung dieses Wertes fließt ein, dass zu erwarten ist, dass die untertägigen Kapazitäten vor den Tageskapazitäten, diese vor den Monatskapazitäten, diese vor den Quartalskapazitäten und diese vor den Jahreskapazitäten unterbrochen werden. Denn gemäß Art. 35 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/459 wird die Reihenfolge, in der Unterbrechungen vorgenommen werden, anhand des vertraglichen Zeitstempels der jeweiligen Transportverträge für unterbrechbare Kapazität bestimmt. Aus Art. 9 i.V.m. Art. 11 bis Art. 15 der Verordnung (EU) 2017/459 ergibt sich, dass die Jahreskapazitäten zeitlich vor den Quartalskapazitäten, diese vor den Monatskapazitäten, diese vor den Tageskapazitäten und diese vor den untertägigen Kapazitäten verauktioniert werden, so dass aufgrund der Unterbrechung entsprechend des Zeitstempels von einer Unterbrechung der Kapazitäten in zum Vertragsschluss umgekehrter Reihenfolge auszugehen ist. *CAP* ist die Gesamtmenge der unterbrechbaren Kapazität für die jeweilige Art des Standardkapazitätsprodukts für unterbrechbare Kapazität.

Der nach der vorstehend genannten Formel ermittelte Abschlag wurde jeweils auf den vollen Prozentwert aufgerundet.

- 44 Mit *N*, *D_{int}* sowie *CAP_{av.int}* fließen Erwartungswerte in die Berechnung des Faktors *Pro* ein. Aus Sicht der Beschlusskammer lassen sich hinreichend verlässliche Prognosewerte nur bei der Untersuchung eines Zeitraums in der Vergangenheit ziehen. Auf Grundlage von Vergangenheitswerten kann indikativ geschlossen werden, wie wahrscheinlich eine Unterbrechung in der Zukunft sein wird. Dabei ist es nur wenig sachgerecht, einen Betrachtungszeitraum anzusetzen, der zu weit in die Vergangenheit ragt. Dies könnte zu Verzerrungen führen, etwa wenn sich weit in der Vergangenheit liegende Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse an einem Anschlusspunkt (beispielsweise wegen Netzausbaus) auf die Unterbrechungswahrscheinlichkeiten in der Gegenwart auswirken würden. Auch aus

Praktikabilitätsabwägungen ist ein zu langer Betrachtungszeitraum nicht heranzuziehen, weil den Netzbetreibern eine Ermittlung der Unterbrechungen in ferner Vergangenheit nicht ohne weiteres möglich ist. Andererseits ist auch ein zu kurzer Betrachtungszeitraum nur wenig sachgerecht, weil hier bei kurzfristig auftretenden und für die generelle Unterbrechungswahrscheinlichkeit nicht repräsentativen Besonderheiten ebenso Verzerrungen zu befürchten sind. Aus Sicht der Beschlusskammer ist danach ein Betrachtungszeitraum von drei Jahren sachgerecht; die Variablen N , D_{int} sowie $CAP_{\text{av.int}}$, sind demnach über eine Betrachtung der unterbrochenen unterbrechbaren Kapazitäten in einem Zeitraum von drei Jahren zu ermitteln. Durch diesen Betrachtungszeitraum wird die Gefahr einer Berücksichtigung von nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechenden Bedingungen einerseits und die Gefahr einer Verzerrung durch nicht ausreichende und repräsentative Datengrundlagen voraussichtlich minimiert. Insoweit findet man mit einem Betrachtungszeitraum von drei Jahren eine angemessene Balance. Dabei werden grundsätzlich die letzten drei abgeschlossenen Gaswirtschaftsjahre betrachtet. Abweichend hiervon wurden bei der vorliegenden zweiten Konsultation und Entscheidung nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 die Daten der beiden letzten abgeschlossenen Gaswirtschaftsjahre betrachtet, da aufgrund der sich durch die Neufassung des Netzkodex Kapazitätszuweisung in der Verordnung (EU) Nr. 2017/459 ergebenden Änderungen derzeit keine belastbaren und vergleichbaren Werte für einen längeren Zeitraum vorliegen. Im Zuge der jährlich stattfindenden Konsultationen wird die Beschlusskammer im nächsten Jahr den Betrachtungszeitraum auf drei Gaswirtschaftsjahre ausdehnen.

- 45 Da die für N , D_{int} sowie $CAP_{\text{av.int}}$ ermittelten Werte auf vergangenheitsbezogenen Daten beruhen, hat die Beschlusskammer bei der Berechnung des Faktors α einen Sicherheitszuschlag in Höhe von 10 Prozentpunkten für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 30.09.2021 vorgenommen. Damit wird sichergestellt, dass die Vorgaben des Art. 16 Abs. 3 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 im Hinblick auf das Ansetzen von prognostizierten Werten umgesetzt werden. Da für die Berechnung der Wahrscheinlichkeit ein Vergangenheitszeitraum betrachtet wird und nicht sicher davon ausgegangen werden kann, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit in der Gegenwart bei der Betrachtung des vergangenen Jahres vollständig treffend abgebildet wird, ist ein Sicherheitszuschlag erforderlich. Die Rahmenbedingungen können sich mit Auswirkungen auf die tatsächliche Unterbrechungswahrscheinlichkeit geändert haben, eine nicht mehr vollumfänglich den realen Begebenheiten entsprechende Berechnung ist jedenfalls nicht auszuschließen. Zudem sind die ermittelten Werte für N , D_{int} sowie $CAP_{\text{av.int}}$ nur Prognosewerte, welche aufgrund von Erfahrungen in der Vergangenheit lediglich indiziert werden. Etwaige Abweichungen zwischen der auf historischen Daten beruhenden Berechnung und der gegenwärtigen Situation werden mit dem Sicherheitszuschlag insofern aufgefangen. Auch der Wortlaut von Art. 29 lit. b Ziffer ii Nr. 3 der Verordnung (EU) 2017/460 („vergangene und/oder prognostizierte Daten, die bei der

Bewertung der Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung gemäß Nummer 2 verwendet wurden“) spricht dafür, dass eine Kombination von Vergangenheits- und Prognosewerten angezeigt ist, um eine sachgerechte Ermittlung der Wahrscheinlichkeit einer Unterbrechung vorzunehmen. Mit der Entscheidung vom 27.05.2020 hat die Beschlusskammer hinsichtlich des Zeitraums vom 01.01.2021 bis zum 30.09.2021 einen Sicherheitszuschlag von 10 Prozentpunkten (endgültig) festgelegt. Offen ist hierbei geblieben, ob die Systematik zur Berechnung der Abschläge für den Zeitraum nach der Marktgebietszusammenlegung zum 01.10.2021 fortzuschreiben ist. Mit der nunmehr auch für den Zeitraum vom 01.10.2021 bis zum 31.12.2021 endgültigen Festlegung hat die Beschlusskammer die Systematik zur Berechnung der Abschläge insofern geändert, als der Sicherheitszuschlag für Kopplungspunkte im H-Gas-Netz auf 20 Prozentpunkte erhöht wird.

- 46 Die Marktgebietszusammenlegung zum 01.10.2021 stellt ein einschneidendes Ereignis auf dem Gasmarkt dar. Der Zuschnitt der Marktgebiete wird sich in erheblicher Weise verändern und die Zuordenbarkeit und somit die Nutzungsmöglichkeit von Kapazitätsprodukten wird durch zahlreiche neue Kombinationen von Ein- und Ausspeisepunkten erweitert. Diese enorme Erweiterung der freien Zuordnungsmöglichkeiten hat zur Folge, dass sich die Höhe der festen, frei zuordenbaren Kapazitäten (FZK) im Vergleich zu der FZK-Menge in den getrennten (kleineren) Marktgebieten ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen reduzieren würde. Berechnungen der Fernleitungsnetzbetreiber zufolge kann auf Grundlage der physischen Infrastruktur nach der Marktgebietszusammenlegung nur noch ca. 22 Prozent der bisher in Summe in den beiden deutschen Marktgebieten angebotenen einspeiseseitigen FZK dargestellt werden. Diese faktischen Änderungen werden durch regulatorische Prozesse begleitet. So wurde mit Beschluss vom 25.03.2020 (BK7-19-037) durch die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur ein Überbuchungs- und Rückkaufsystems der Fernleitungsnetzbetreiber für das Angebot zusätzlicher Kapazitäten im deutschlandweiten Marktgebiet („KAP+“) genehmigt. Dieses System ermöglicht das Angebot von zusätzlichen festen Kapazitäten auf der Einspeiseseite, die in einem gemeinsamen Marktgebiet mit der gegenwärtigen physikalischen Infrastruktur nicht darstellbar wären.
- 47 Um ohne Ertüchtigung der physikalischen, engpassbehafteten Infrastruktur dem Markt trotzdem zusätzliche, feste Kapazitäten anbieten zu können, bedarf es für die Fernleitungsnetzbetreiber eines Absicherungsmechanismus. Auf Grund der vorhandenen Engpässe könnten sich durch die tatsächliche Nutzung der zusätzlichen, festen – physikalisch nicht darstellbaren – Kapazitäten Transportengpässe ergeben. Um diese beheben zu können, wurde es den Fernleitungsnetzbetreibern durch das Kap+-Verfahren ermöglicht, diese Engpässe durch sogenannte marktbasierte Instrumente (MBI) zu beheben. Dabei soll der Einsatz dieser MBI so gering wie möglich gehalten werden. Daher liegt dem genehmigten Konzept auch zu Grunde, dass vorrangig zum Einsatz der MBI die Fernleitungsnetzbetreiber alle sonstigen dem Transportengpass entgegenwirkenden netz- und marktbezogenen Maßnahmen gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2 EnWG auszuschöpfen haben. Dazu zählt unter anderem auch die

Unterbrechung unterbrechbarer Kapazitäten. Somit sind beim Vorliegen eines Transportengpasses (sofern wirksam) vorrangig die genutzten unterbrechbaren Kapazitäten (ausgenommen von dieser Vorrangsregelung sind lediglich unterbrechbare interne Bestellkapazitäten) zu unterbrechen, bevor – soweit notwendig – weitere MBI zum Einsatz kommen. Dabei kann eine wirksame Behebung eines Transportengpasses durch die Unterbrechung unterbrechbarer Kapazitäten auch bei der Nutzung unterbrechbarer Ausspeisekapazitäten vorliegen, auch wenn durch die Kap+-Festlegung ausschließlich das Angebot von festen Einspeisekapazitäten erhöht werden soll.

- 48 Unter Anwendung der Kap+-Festlegung bieten die Fernleitungsnetzbetreiber für den Zeitraum vom 01.10.2021 bis 01.10.2022 neben den durch die Netzinfrastuktur darstellbaren rund 58 Mio. kWh/h zusätzlich rund 113 Mio kWh/h an FZK dem Markt an den Einspeisepunkten an. Folglich sind rund zwei Drittel der angebotenen FZK ab dem 01.10.2021 nicht mehr alleinig durch die physikalische Netzinfrastuktur abgesichert. Im Nutzungsfall könnten Transportengpässe auftreten. Sofern dies der Fall wäre, würden vorrangig zunächst unterbrechbare Kapazitäten unterbrochen werden, sofern dies engpassbeseitigend wirkt, bevor – sofern noch notwendig – die sogenannten MBI zum Einsatz kämen.
- 49 Aufgrund dieser Umstände kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Wahrscheinlichkeit der Unterbrechungen im gemeinsamen Marktgebiet im H-Gas-Netz ansteigen wird. Die Beschlusskammer 9 nimmt diese Entwicklungen zum Anlass, einen erhöhten Sicherheitszuschlag für Kopplungspunkte im H-Gas-Netz festzulegen, um den Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Marktgebietszusammenlegung und dem Angebot zusätzlicher, nicht alleinig durch die Netzinfrastuktur darstellbarer fester Kapazitäten gerecht zu werden. Feststehende Erkenntnisse zu den voraussichtlichen Unterbrechungen haben sich bisher nicht ergeben. Anders als in den Festlegungsverfahren BEATE 1.0 (BK9-14/608), BEATE 2.0 (BK9-18/608) sowie MARGIT 2020 (BK9-18/612) bestehen für das gemeinsame Marktgebiet keine Vergangenheitswerte, auf die repräsentativ zurückgegriffen werden könnte. Derartige Erkenntnisse werden erst nach der Marktgebietszusammenlegung nach und nach zur Verfügung stehen. Diese Unwägbarkeiten sprechen für einen erhöhten Sicherheitszuschlag.
- 50 Die Einschätzung der Beschlusskammer, dass die Wahrscheinlichkeit der Unterbrechungen im gemeinsamen Marktgebiet im H-Gas-Netz ansteigen könnte, wird von allen Fernleitungsnetzbetreiber, dem Händlerverband EFET, Equinor und Uniper Global Commodities geteilt. Drei Marktteilnehmer zweifeln diese Einschätzung hingegen an und lehnen daher auch die Erhöhung des Sicherheitszuschlags auf 20 Prozentpunkte ab.
- 51 Nahezu alle Fernleitungsnetzbetreiber beurteilen die Erhöhung des Sicherheitszuschlags auf 20 Prozentpunkte im Vorgriff auf die Marktgebietszusammenlegung als sachgerecht, angemessen und nachvollziehbar. Auch INES und OVM Gas Marketing & Trading begrüßen die Erhöhung.

OVM Gas Marketing & Trading schlägt ergänzend eine Überprüfung der Erhöhung im Jahr 2021 vor.

- 52 Vier Marktteilnehmer fordern, den Rabatt erst dann anzupassen, wenn die Vergangenheitswerte im Rückblick zeigen, dass es durch die Marktgebietszusammenlegung tatsächlich verstärkt zu Unterbrechungen gekommen ist. Drei weitere fordern eine Rabattierung, die sich stärker an der tatsächlichen Unterbrechung orientiert statt der pauschalen Verdoppelung des Sicherheitszuschlags.
- 53 Der vorgetragene Hinweis, dass die Kap+-Festlegung, die ein Überbuchungs- und Rückkaufsystems der Fernleitungsnetzbetreiber für das Angebot zusätzlicher Kapazitäten im deutschlandweiten Marktgebiet („KAP+“) genehmigt hat, letztlich nur die H-Gas-Netzinfrastruktur und die dort bestehenden Engpässe zwischen den ehemaligen Marktgebieten betrifft, führte zu entsprechenden Änderungen im Textteil und in der Anlage II dieses Beschlusses. Insoweit wird auch der Kritik an einer zu pauschalen Erhöhung des Sicherheitszuschlags entsprochen. Hierbei hat die Beschlusskammer einerseits berücksichtigt, dass in einem qualitätsübergreifendem Marktgebiet einerseits gewisse Vereinheitlichungen sinnvoll sind, da diese zu einer erhöhten Liquidität beitragen. Andererseits sind entsprechende Differenzierungen nach verschiedenen Punkten bzw. Punkttypen auch in Art. 16 der Verordnung (EU) 2017/460 angelegt, so dass differenzierte Betrachtungen nicht ausgeschlossen und an dieser Stelle aufgrund der dargelegten Mechanismen im gemeinsamen Marktgebiet geboten sind.
- 54 Die absolute Höhe eines Sicherheitszuschlags lässt sich hierbei nicht zweifelsfrei ermitteln und ist stets das Ergebnis eines Abwägungsprozesses. Die durch die Marktgebietszusammenlegung sich verstärkenden generellen Unsicherheiten verbunden mit der möglicherweise höheren Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Unterbrechungsfalls im H-Gas-Netz sprechen bereits grundsätzlich für einen höheren Sicherheitszuschlag.
- 55 Unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen und unter Abwägung der vorgetragenen Positionen ist bezüglich des hier gegenständlichen, kurzen Zeitraums vom 01.10.2021 bis zum 31.12.2021 aufgrund der erheblichen Unwägbarkeiten eine entsprechend Erhöhung auf 20 Prozentpunkte sachgerecht. Dabei stellt die Erhöhung um 10 Prozentpunkte einerseits einen deutlichen Aufschlag bezogen auf die bisherige Regelung dar. Andererseits erfolgt die Regelung zunächst lediglich für einen kurzen Zeitraum von 3 Monaten. Da das Verfahren nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 jährlich durchzuführen ist, können diese Fragestellungen anhand der sich dann einstellenden neuen Erkenntnisse immer wieder neu bewertet werden. Insoweit ist es verfahrensrechtlich bereits angelegt, dass den Forderungen einiger Marktteilnehmer nach einer Evaluierung der Erhöhung des Sicherheitszuschlags und einer stärkeren Orientierung an tatsächlichen Unterbrechungen in Zukunft entsprochen werden kann.

- 56 Zudem wurde bei der Erhöhung auch beachtet, dass ab dem 01.10.2021 durch die Umsetzung des Kap+-Verfahrens rund zwei Drittel der von den Fernleitungsnetzbetreiber angebotenen festen FZK auf der Einspeiseseite nicht mehr alleinig durch die physische Netzinfrastruktur dargestellt wird.
- 57 Die Beschlusskammer hat auch berücksichtigt, dass sich jede Erhöhung des Sicherheitszuschlags in einem steigenden Referenzpreis für feste, frei zuordenbare Kapazitäten ausdrückt, der von allen Netznutzern getragen werden muss. Rechnerisch und faktisch muss hierbei auch berücksichtigt werden, dass der erhöhte Sicherheitszuschlag aufgrund der beabsichtigten Regelung in der Festlegung REGENT 2021 (BK9-19/610) zu einer Erhöhung des zulässigen Spielraums für die Entgelte von bedingten, verbindlichen Kapazitätsprodukten an Kopplungspunkten führen wird, denn hiernach dürfen Kapazitätsentgelte für bedingt feste, frei zuordenbare Kapazitäten (bFZK) und feste, dynamisch zuordenbare Kapazitäten (DZK) durch die Rabattierung nicht niedriger sein als das Kapazitätsentgelt für das am geringsten rabattierte vollständig unterbrechbare Standardkapazitätsprodukt (uFZK) an diesem Punkt. Der Korridor für die bedingten, verbindlichen Kapazitätsprodukte soll weiterhin nach oben durch das FZK und nach unten durch das uFZK-Produkt begrenzt werden. Allerdings wird der Korridor auf Grund des höheren uFZK-Rabatts ab dem 01.10.2021 breiter werden.
- 58 Diese Folgeeffekte werden auch von einigen Marktteilnehmern bestätigt. Teilweise wird durch die Erhöhung des Sicherheitszuschlags auf 20 Prozentpunkte auch die Gefahr von verminderter Marktliquidität, Wettbewerbsnachteilen und der Verlagerung von Kosten von einer Gruppe von Netzkunden auf eine andere gesehen.
- 59 Bei einer maximalen Ausschöpfung dieses Spielraums würde sich indikativ eine Entgelterhöhung von 3,9 % ergeben (bei einem Referenzpreis von indikativ 3,67 € pro kWh/h/a statt 3,53 € pro kWh/h/a; wegen der systematischen Abweichung des indikativen Referenzpreises von 3,67 € pro kWh/h/a von dem voraussichtlich geringeren Referenzpreis, der von den Fernleitungsnetzbetreibern für das vierte Quartal 2021 tatsächlich veröffentlicht werden wird, wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Festlegung REGENT 2021 verwiesen). Die Werte beziehen sich auf das neue, bundesweite Marktgebiet THE unter der Annahme, dass der Spielraum bei allen Kapazitätsprodukten an H-Gas-Kopplungspunkten (einschließlich bFZK und DZK) voll ausgeschöpft wird. Bei diesen Berechnungen hat die Beschlusskammer zudem eine entsprechende Anpassung der Festlegung BEATE 2.0 (BK9-18/608, Beschluss vom 29.03.2019) im Hinblick auf H-Gas-Punkte bereits indikativ berücksichtigt, wobei diese indikativen Auswirkungen nur marginal sind (rund 0,01 € pro kWh/h/a bezüglich des Referenzpreises). Die tatsächliche Änderung der Festlegung BEATE wird von dieser indikativen Berechnung nicht präjudiziert, sondern wird Gegenstand eines eigenen Festlegungsverfahrens sein. Diese Erhöhung liegt jedoch noch in einem Bereich, der sich als nicht derart gravierend darstellt, dass Fragen der sinkenden Liquidität durchschlagend gegen eine entsprechende

Erhöhung des Sicherheitszuschlages sprechen, zumal gleichzeitig ein erweiterter Rabattspielraum für bedingte, verbindliche Kapazitätsprodukte entsteht, welches das vielfach behauptete Mengenrisiko (vgl. Art. 7 lit. d der Verordnung (EU) 2017/460) – sofern zukünftig vorhanden – mindern sollte. Zudem können, sollte sich der erhöhte Sicherheitszuschlag als nicht sachgerecht erweisen, im Rahmen der jährlichen Entscheidungen nach Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 insoweit Anpassungen vorgenommen werden.

- 60 Unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen werden diese Effekte von der Beschlusskammer als noch moderat beurteilt. Dies gilt umso mehr, als die im voranstehenden Absatz ermittelte indikative Entgelterhöhung auf der Annahme beruht, dass die Rabattspanne bei allen Kapazitätsprodukten an Kopplungspunkten (einschließlich bFZK und DZK) voll ausgeschöpft wird. Die Praxis hat allerdings gezeigt, dass die maximale Rabattspanne gegenwärtig nicht von allen Fernleitungsnetzbetreibern ausgenutzt wird. Aus Sicht der Beschlusskammer spricht daher manches dafür, dass die faktische Entgelterhöhung geringer ausfallen wird als die indikative Berechnung aufzeigt.
- 61 Die Beschlusskammer hat den Sicherheitszuschlag im Rahmen dieser Festlegung hinsichtlich der Kopplungspunkte im H-Gas-Netz ab dem 01.10.2021 erhöht. Die Festlegung BEATE 2.0 (BK9-18/608, Beschluss vom 29.03.2019) sieht für die übrigen Punkte der Fernleitungsnetzbetreiber (im Wesentlichen Speicherpunkte und interne Bestellpunkte) und der Verteilernetzbetreiber mit Entry-Exit-System auch für den Zeitraum ab dem 01.10.2021 noch einen Sicherheitszuschlag von 10 Prozentpunkten vor. Diesbezüglich beabsichtigt die Beschlusskammer in Kürze ein Verfahren einzuleiten, um auch für die übrigen Punkte eine Erhöhung des Sicherheitszuschlags auf 20 Prozentpunkte zu konsultieren. Insoweit greift die Beschlusskammer den einheitlichen Vortrag aus den eingegangenen Stellungnahmen auf. Dies ist jedoch nicht Gegenstand des hiesigen Verfahrens.
- 62 Bei der Festlegung des Sicherheitszuschlags auf 10 Prozentpunkte (im L-Gas-Netz) bzw. 20 Prozentpunkte (im H-Gas-Netz) berücksichtigt die Beschlusskammer auch, dass selbst wenn in einzelnen Fällen ein Rabatt von 10 bzw. 20 Prozentpunkten nicht ausreichend sein sollte, um die in Folge einer Unterbrechung entstehenden Kosten vollumfänglich abzudecken, er aber insbesondere bei Betrachtung des gesamten Händlerportfolios mehr als ausreichend ist.
- 63 Mittels des Sicherheitszuschlags in Höhe von 10 Prozentpunkten (im L-Gas-Netz) bzw. 20 Prozentpunkten (im H-Gas-Netz) sind nach Auffassung der Beschlusskammer auch etwaige Unschärfen hinreichend berücksichtigt, die sich möglicherweise daraus ergeben können, dass Renominierungen nicht als Unterbrechung für die Berechnung der Unterbrechungswahrscheinlichkeit gewertet werden. Zwar mag man annehmen können, dass gerade solche Renominierungen, die der Netznutzer auf Anfrage des Fernleitungsnetzbetreibers vornimmt, um nicht unterbrochen zu werden, aus Sicht des Fernleitungsnetznutzers einer tatsächlichen Unterbrechung in ihrer Wirkung zumindest teilweise

entsprechen. Es wäre aus Sicht der Beschlusskammer indes unverhältnismäßig, generell von jedem Fernleitungsnetzbetreiber zu verlangen, dass dieser die „unfreiwilligen“ Renominierungen in die Berechnung der Unterbrechungswahrscheinlichkeit der jeweiligen Ein- und Ausspeisepunkte einfließen lassen muss. Die Praxis hinsichtlich der Durchführung von Unterbrechungen und Renominierungen wird von den Marktteilnehmern nicht einheitlich gehandhabt. Manchen Marktteilnehmern ist es jedenfalls datenverarbeitungssystembedingt nicht möglich, Renominierungen nach Ankündigung einer Unterbrechung als Unterbrechung zu erfassen; es kann nur zwischen tatsächlicher Unterbrechung und Renominierung, gleich ob freiwillig oder eher unfreiwillig, unterschieden werden. Eine Festlegung dahingehend, den Netzbetreibern vorzuschreiben, bei ihrer Berechnung der Unterbrechungswahrscheinlichkeit nur „unfreiwillige“, nicht aber freiwillige Renominierungen zu erfassen, würde Netzbetreiber und ihre elektronischen Datenverarbeitungssysteme teilweise vor große Schwierigkeiten stellen. Etwaige, aus der Nichtberücksichtigung folgende Effekte in Form von „zu niedrigen Unterbrechungswahrscheinlichkeiten“ werden gleichwohl mit dem Sicherheitszuschlag in Höhe von 20 Prozentpunkten vorsorglich aufgefangen werden.

b. Anpassungsfaktor A

- 64 Neben *Pro* fließt als weiterer Faktor *A* in die Berechnung des ex-ante-Abschlags ein. *A* ist hierbei der Anpassungsfaktor, der gemäß Artikel 28 und im Einklang mit Artikel 41 Absatz 6 Buchstabe a der Richtlinie 2009/73/EG von der Regulierungsbehörde festgesetzt oder genehmigt wird und den geschätzten wirtschaftlichen Wert dieser Art des Standardkapazitätsprodukts für unterbrechbare Kapazität widerspiegelt. Die Beschlusskammer setzt den Wert für *A* für alle Standardkapazitätsprodukte auf 1. Dies entspricht der Vorgabe des Art. 16 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460, wonach *A* für jeden, einige oder alle Kopplungspunkte berechnet wird und mindestens 1 beträgt. Zwar ist in Art. 16 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 eine Schätzung des wirtschaftlichen Wertes je Standardkapazitätsprodukt zur Ermittlung von *A* als Möglichkeit angelegt. Die Beschlusskammer erachtet jedoch eine solche Schätzung grundsätzlich als nicht erforderlich und nicht sachgerecht. Eine Schätzung mit Bezug zu Standardkapazitätsprodukten würde außer Acht lassen, dass der Anpassungsfaktor je nach Art des Netznutzers und Zweck der Buchung höchst unterschiedliche wirtschaftliche Werte haben müsste. Eine Differenzierung allein nach Standardkapazitätsprodukten wäre in diesem Fall eine nicht sachgemäße Durchschnittsbildung. Es ist auch nicht ersichtlich, dass bei Anwendung des Faktors *Pro* in Verbindung mit dem Sicherheitszuschlag von 10 Prozentpunkte (im L-Gas-Netz) bzw. 20 Prozentpunkte (im H-Gas-Netz) insgesamt unsachgemäße Abschläge ermittelt werden, die einer Anpassung über den Anpassungsfaktor *A* bedürfen.

- 65 Der Vorschlag der Händlerseite zur Anpassung der Berechnungsformel, indem der Anpassungsfaktor von 1 auf 2 erhöht wird und im Gegenzug der Sicherheitszuschlag halbiert wird, ist rechnerisch grundsätzlich nachvollziehbar. Die Ausführungen in der Stellungnahme legen dabei nahe, dass die Risikokosten linear steigen. Es bleibt daher unklar, wieso dann der Wert einer Kapazität überproportional sinken soll. Wie bereits ausgeführt, geht die Beschlusskammer davon aus, dass insbesondere bei Betrachtung des gesamten Händlerportfolios ein Rabatt von mindestens 10 Prozentpunkte (im L-Gas-Netz) bzw. 20 Prozentpunkte (im H-Gas-Netz) mehr als ausreichend ist. Auch aufgrund der Tatsache, dass sich die in der Vergangenheit angewandte Berechnungsformel für den Großteil der Marktteilnehmer bewährt hat, sieht die Beschlusskammer derzeit keine Notwendigkeit dafür, eine Anpassung vorzunehmen. Eine zusätzliche, wirtschaftliche Entlastung der betroffenen Händler erfolgt zudem durch die Erhöhung des Sicherheitszuschlages auf 20 Prozentpunkte im H-Gas-Netz ab dem 01.10.2021, so dass eine weitere Anpassung auch hinsichtlich des Anpassungsfaktors nicht geboten ist.
- 66 Das unter Randnummer 39 der Festlegung vom 27.05.2020 zu den Auswirkungen von Kapazitätsänderungen auf Multiplikatoren Ausgeführte gilt bei der Änderung eines unterbrechbaren Standardkapazitätsprodukts entsprechend. Auch hier gilt, dass es für die Ermittlung eines Abschlags (einschließlich seiner Höhe) auf die Sachlage im Zeitpunkt des Vertragsschlusses ankommt. Bei der Umwandlung eines unterbrechbaren in ein festes Standardkapazitätsprodukt entfällt nicht nachträglich der Rabatt. Dieser bleibt für den bereits abgelaufenen Zeitraum unverändert bestehen. Für das dann gebuchte feste Kapazitätsprodukt hat der Netznutzer indes das Entgelt für ein festes Standardkapazitätsprodukt ohne den Rabatt, der sich aus der Unterbrechungswahrscheinlichkeit ergibt, – ggf. zuzüglich eines Multiplikators – zu entrichten.
- 67 Für den Zeitraum ab dem 01.10.2021 bis zum 31.12.2021 sind die Abschläge der Anlage II zu entnehmen.

4. Kostenentscheidung

- 68 Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

5. Öffentliche Bekanntmachung

- 69 Da die Festlegung gegenüber allen deutschen Fernleitungsnetzbetreibern i.S.d. § 3 Nr. 5 EnWG erfolgt, ersetzt die Beschlusskammer die Zustellung nach § 73 Abs. 1 S. 1 EnWG gemäß § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG durch eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung. Die öffentliche Bekanntmachung wird gemäß § 73 Abs. 1a S. 2 EnWG dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Regulierungsbehörde im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden. Die Festlegung gilt nach § 73 Abs. 1a S. 3

EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Regulierungsbehörde zwei Wochen verstrichen sind.

6. Anlagen

Die Anlage II ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG)

Bonn, den 11.09.2020

Vorsitzender

Beisitzerin

Beisitzer

Dr. Christian Schütte

Dr. Ulrike Schimmel

Roland Naas

Trading Hub Europe (THE)							
			Di _{ex-ante}				
Flussrichtung am Netzkopplungspunkt	Name des angrenzenden Marktgebietes	Gasqualität	untertägige Kapazität	Tageskapazität	Monatskapazität	Quartalskapazität	Jahreskapazität
Flow direction at connection point	Name of adjacent market area	Gas quality	within-day capacity	daily capacity	monthly capacity	quarterly capacity	yearly capacity
Entry	Czech Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	21%	21%	21%
Exit	Czech Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	21%	21%	20%
Entry	Austrian Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	21%	21%	20%
Exit	Austrian Balancing Zone	H-Gas	23%	22%	21%	21%	21%
Entry	Voralberg	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	Voralberg	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	VIP Kiefersfelden-Pfronten	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	VIP Kiefersfelden-Pfronten	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	Belgian and Luxembourg Balancing Zone	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	Belgian and Luxembourg Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	21%	21%	20%
Entry	Dutch Balancing Zone	H-Gas	21%	20%	20%	20%	20%
Exit	Dutch Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	21%	20%	20%
Entry	Dutch Balancing Zone	L-Gas	11%	11%	11%	11%	11%
Exit	Dutch Balancing Zone	L-Gas	11%	11%	10%	10%	10%
Entry	Danish Balancing Zone	H-Gas	21%	21%	20%	20%	20%
Exit	Danish Balancing Zone	H-Gas	21%	20%	20%	20%	20%
Entry	Norwegen	H-Gas	21%	21%	21%	21%	20%
Exit	Norwegen	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	RC Thayngen-Fallentor	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	RC Thayngen-Fallentor	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	RC Basel	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	RC Basel	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	Wallbach	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	Wallbach	H-Gas	21%	21%	21%	20%	20%
Entry	PEG North	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	PEG North	H-Gas	21%	21%	20%	20%	20%
Entry	Polish E-gas Balancing Zone	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	Polish E-gas Balancing Zone	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	YAMAL (TGPS) Pipeline	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Exit	YAMAL (TGPS) Pipeline	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%
Entry	Russland	H-Gas	21%	21%	20%	20%	20%
Exit	Russland	H-Gas	20%	20%	20%	20%	20%